

Berthold Weig **Die**
vergessenen Völker
Lateinamerikas

In den Ländern der andinen Region wird sich die indigene Bevölkerung ihrer Identität, ihrer Kultur und ihrer Geschichte zunehmend bewusst – ein Prozess, der nicht ohne Gewalt abläuft, wie der Lynchmord an Cirilo Robles, dem indigenen Bürgermeister einer peruanischen Kleinstadt im Grenzgebiet zu Bolivien, zeigt. Proteste, Gewaltanwendung und der Griff zur Informalität sind seit langem Kennzeichen des gesellschaftlich-politischen Lebens in Peru, Ecuador und Bolivien. Sie haben ein Klima der Illegalität geschaffen, in dem sich auch radikale Bewegungen wie der Leuchtende Pfad in Peru oder der von Felipe Quispe angeführte rassistische MIP in Bolivien bestehende soziale Ungerechtigkeiten zunutze machen und die indigene Bevölkerung gegen das System aufwiegeln. In der Tat erschreckt das Potenzial an Gewalt und Hass, das das Erwachen der Indígenas begleitet und das Hand in Hand geht mit einer Mystifizierung ihrer kulturellen Wurzeln. Dennoch liegt der Griff zu Hass und Radikalität keineswegs im Wesen der indigenen Völker. Vielleicht könnte auch Deutschland dazu beitragen, dass die Menschen im andinen Raum nicht ideologisch missbraucht werden, und ihnen helfen, ihre Ansprüche auch künftig maßvoll und gewaltfrei zu artikulieren.

Indigene Bevölkerung zwischen Neo-Romantizismus und politischem Extremismus

■ **Executive Summary**

In the Andean countries, indigenous populations are awakening, beginning to form their own political organisations, and calling for their rights – a process which, it appears, is anything but free from violence. Indeed, it has claimed a number of victims already: Cirilo Robles, mayor of Ilave, a Peruvian town situated on the Bolivian border, was lynched by an enraged mob mainly composed of members of the Aymara nation after weeks of street barricading and massive protest had paralysed the provincial capital. Among those who roused the rabble were Ilave's deputy mayor, Alberto Sandóval, and Felipe Quispe, the radical leader of the Aymara in Bolivia.

Maybe Robles' murder was just an isolated incident, but if we look at the background tendency to push hitherto-neglected social demands it is characteristic of a general development towards increased violence as well as towards informality, which seems set to become one of the characteristic traits of Andean societies in Peru, Bolivia, and Ecuador.

Informality has enabled people to survive, but it has also fostered a culture of illegality in countries which, because of the weakness of their governments, have been forced to make do without genuine political leadership. In Peru, an underground organisation called Shining Path exploited the crassness of social injustice. In Bolivia, where the reforms initiated by President Sánchez de Lozada petered out after his first term of office, a climate of hatred and violence

developed, accompanied by a mystification of the cultural roots of the indigenous nations. Evoking the traditions of the Inka Empire, radical leaders like Felipe Quispe tried to foment rebellion even among those indígenas who merely wish for a dignified life and adequate participation in the politics of their own country.

Even though Quispe played a leading role in the overthrow of Sánchez de Lozada by barricading the streets and temporarily paralysing the Bolivian capital of La Paz, he represents only a small part of the indigenous population. Yet his movement, the Movimiento Indígena Pachacuti (MIP), and the far more moderate Movimiento al Socialismo (MAS) led by Evo Morales are two organisations of paramount importance which play their opposition part mainly in the sphere outside the Bolivian parliament. After many decades of indolence, indigenous nations not only in Bolivia but in the entire Andean region are beginning to stir. The vehement way in which they demand their political and social rights may well come as a shock.

This resolve to adopt radical solutions is by no means in keeping with the general makeup of the indigenous people in the Andean countries. Having maintained close links with the Latin American region through a long common history, shared fundamental values, and a functioning partnership that has stood the test of time, Germany should not remain indifferent towards what is happening there. It might be instrumental in keeping people in this area from being abused and radicalised for the sake of ideological objectives, and it might help to ensure that they address their problems in the future in a spirit of peacefulness and moderation.

■ Lateinamerika im toten Winkel

Zwischen all den Schreckensnachrichten aus Nahost und Zentralasien, zwischen terroristischem Extremismus und der Sicherung verschiedenster strategischer und operativer Interessen bleibt für die Menschen in Lateinamerika kaum mehr Platz in der öffentlichen Wahrnehmung – von einem medialen Interesse ganz abgesehen. So wie in den achtziger Jahren der Kontinent mit dem politisch und wirtschaft-

■ Zwischen all den Schreckensnachrichten aus Nahost und Zentralasien, zwischen terroristischem Extremismus und der Sicherung verschiedenster strategischer und operativer Interessen bleibt für die Menschen in Lateinamerika kaum mehr Platz in der öffentlichen Wahrnehmung – von einem medialen Interesse ganz abgesehen.

lich „verlorenen Jahrzehnt“ als Schlagwort versehen worden war, so könnte man heute von den vergessenen Ländern Südamerikas sprechen. Neben all den Krisenherden dieser Welt geraten die kleineren davon sehr schnell ins Hintertreffen, und dies, obwohl auch Lateinamerika ein gutes Maß an Krise(n) anzubieten hat: Venezuela mit seinem machtwütigen und wahlfälschenden Präsidenten, Kolumbien mit dem mittlerweile jahrzehnte alten Konflikt zwischen Guerillabewegungen, Para-Militärs und der Regierung, von dem Revolutionsfossil Castro, dem Dauerproblem Kubas, ganz zu schweigen.

■ **Erwachende Indigenabewegung**

■ **Nun kommt in den Andenländern das Erwachen der indigenen Bevölkerung, welche beginnt, sich politisch zu organisieren und ihre Rechte einzufordern – soweit die oberflächliche Wahrnehmung in Europa und Deutschland. Wenn es überhaupt zu einer Wahrnehmung kommt.**

Und nun kommt noch in den Andenländern das Erwachen der indigenen Bevölkerung hinzu, welche beginnt, sich politisch zu organisieren und ihre Rechte einzufordern – soweit die oberflächliche Wahrnehmung in Europa und Deutschland. Wenn es, wie gesagt, überhaupt zu einer Wahrnehmung kommt. Dafür sollte dann aber schon mal schnell ein Präsident aus dem Amt gejagt werden, wie im Herbst 2003 in Bolivien geschehen. Sánchez de Lozada, der Präsident Boliviens, flog nach seinem erzwungenen Rücktritt auch sogleich in die USA aus, um nicht ein ähnliches Schicksal zu erleiden wie der Bürgermeister von Ilave, Cirilo Robles, einer Gemeinde von 41 000 Einwohnern in den Hochanden Perus nahe der Grenze zu Bolivien und am Titicaca-See gelegen.

Robles war von einer aufgebrauchten Menge aus seinem Haus gezerzt, durch den Ort geschleift und auf dem zentralen Platz des Ortes umgebracht worden. Bereits seit Wochen hatten große Teile der Bevölkerung den Rücktritt von Robles verlangt und ihre Forderung durch Straßenblockaden und Hungerstreiks bekräftigt. Aufgehetzt wurden die zu einem großen Teil dem Aymara-Volk, der zweitgrößten indigenen Volksgruppe Perus mit etwa 300 000 Menschen, angehörenden Bewohner Ilaves vom stellvertretenden Bürgermeister Alberto Sandoval sowie aus dem nahen Bolivien. Dort hatte Felipe Quispe, Parlamentsabgeordneter und bolivianischer Aymara-Führer, die „peruanischen Brüder und Schwestern“ in ihrem Bestreben unterstützt, Bürgermeister Robles gewaltsam abzusetzen.

■ Politischer Lynchmord

Was war passiert? Der zweifelhafte Umgang mit den bescheidenen öffentlichen Mitteln des Distrikts, divergierende lokale Interessen, das nicht-gehaltene Wahlversprechen und der Bau eines umstrittenen Schlachthauses führten zur Forderung nach dem Rücktritt des Bürgermeister. Der Streit zwischen Bürgermeister Robles, ehemals Mitglied bei Patria Roja, einer fundamentalistischen Linkspartei, und seinem Stellvertreter Sandoval, ehemals Mitglied bei Puka Llacta, einer dem Leuchtenden Pfad nahestehenden Bewegung, führte zu Straßenblockaden und massiven sozialen Protesten in der Distrikthauptstadt Ilave, die schließlich in der Ermordung des Bürgermeisters gipfelten. Weder regionale noch nationale Verantwortliche hatten die Proteste in der Grenzregion zu Bolivien, wo der Einfluss der Drogenmafia von Tag zu Tag zunimmt und die zudem als Schmuggelzone gilt, ernsthaft beachtet.

Die spannungsgeladene Situation eskalierte und führte zum Lynchmord an Robles. Dieser erinnert verblüffend an die Praktiken der menschenverachtenden maoistischen *ajusticiamientos populares* (öffentlichen Hinrichtungen) des Leuchtenden Pfades, der in den achtziger und neunziger Jahren den peruanischen Staat an den Rande des Zusammenbruchs brachte und für den Tod von fast 70 000 Menschen verantwortlich war.

Möglicherweise ein Einzelfall? Ja, noch, aber er bezeichnet eine nicht zu unterschätzende Entwicklung. Die Selbstjustiz, die grobe Verletzung und Übertretung von Werten, Normen und Gesetzen sowie die Gewaltanwendung sind mittlerweile nicht nur in Peru, sondern auch in Bolivien anzutreffende Mittel und Wege, um vernachlässigte oder nichtbeachtete soziale Forderungen durchzusetzen. Die Menschen erkennen zunehmend, dass der Staat seine grundlegenden Aufgaben nicht erfüllt, und greifen daher zu den beschriebenen Mitteln. Die Informalität ist ein wesentliches Merkmal, ein wesentlicher Charakterzug andiner Gesellschaften. Mit dieser Überlebensstrategie und Verhaltensweise begegneten die Menschen in den vergangenen Jahrzehnten dem Versagen der staatlichen Institutionen.

■ Die Selbstjustiz, die grobe Verletzung und Übertretung von Werten, Normen und Gesetzen sowie die Gewaltanwendung sind mittlerweile nicht nur in Peru, sondern auch in Bolivien anzutreffende Mittel und Wege, um vernachlässigte oder nichtbeachtete soziale Forderungen durchzusetzen.

■ Die Informalität hat die Menschen einerseits überleben lassen sowie ihre Kreativität und ihren Erfindungsreichtum wesentlich gefördert. Andererseits führte sie aber auch zu einer Kultur der Illegalität und zu einem um sich greifenden Werteverfall. Sätze wie „la ley se acta pero no se cumple“ (das Gesetz achtet man, aber man befolgt es nicht) beschreiben diese Grundeinstellung treffend.

■ „Achte das Gesetz, aber befolge es nicht!“

Die Informalität hat die Menschen einerseits überleben lassen sowie ihre Kreativität und ihren Erfindungsreichtum wesentlich gefördert. Andererseits führte sie aber auch zu einer Kultur der Illegalität und zu einem um sich greifenden Werteverfall. Sätze wie „la ley se acta pero no se cumple“ (das Gesetz achtet man, aber man befolgt es nicht) beschreiben diese Grundeinstellung treffend. Verschärft wird dieser Umstand dadurch, dass sowohl Bolivien als auch Peru und Ecuador de facto ohne politische Führung auskommen müssen, weil die Regierungen zu schwach sind. Die Schwäche resultiert aber auch aus der Schwäche der demokratischen Institutionen, darunter Parlament und Gerichtsbarkeit ebenso wie die politischen Parteien.

In den achtziger Jahren versuchte der Leuchtende Pfad in Peru, sich die mit Händen zu greifenden sozialen Ungerechtigkeiten und die völlige Vernachlässigung der Menschen – vor allem im andinen Raum – zu Nutze zu machen. Die Regierungen Belaúnde (1980–1985) und García (1985–1990) scheiterten im Kampf gegen die sozialen und wirtschaftlichen Missstände, die das Milieu dieser terroristischen Bedrohung bildeten. Die Regierung Fujimori (1990–2000) bekämpfte den Terrorismus wirksam, sorgte für makroökonomische Stabilität, schaffte es aber nicht, flankierend die demokratischen Institutionen zu stärken, einen neuen, effektiven und auf die Bedürfnisse der Peruaner zugeschnittenen modernen Rechtsstaat zu schaffen.

■ Demokratische Institutionen oder Inka-Reich

Für Bolivien gelten ähnliche Parameter. Die Modernisierung des Staates mit seinen Institutionen kam nicht mehr entscheidend voran. Auf den guten Fundamenten zu politischen und wirtschaftlichen Reformen, welche Sánchez de Lozada mit seiner ersten Amtszeit legte, konnte weder von der darauf folgenden Regierung Hugo Banzer noch von der zweiten Regierung Sánchez de Lozada weiter gebaut werden. Dies erhöhte den Unmut und die Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung. Der politische Radikalismus war fast schon eine zwingende Konsequenz

aus der verpassten Teilhabe der Menschen an wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsprozessen, die zudem kaum über ihr Anfangsniveau hinauskaumen.

So konnte sich der alte inkaische Mythos, die „bessere Zeit“, die „indigene Zeit“ zurück in das Bewusstsein der einfachen Menschen bringen. Und es bedeutete ein klares Abstandnehmen zur mestizisch dominierten, westlich-demokratisch konstituierten Lebenswelt eines Boliviens, das weite Teile seiner Bevölkerung sozusagen vor seiner Tür ließ. Ein wunderbarer Nährboden für politische Verführer, ein gefährlicher Nährboden, wie der Herbst 2003 dann zeigte.

Gleichwohl dient der ideologische Rückgriff auf alte andine und inkaische Geschichte wie Mythologie nur der politischen Rechtfertigung für die Aufwiegelung zu Hass und Gewalt. In Bolivien soll nicht politische Entwicklung innerhalb des bestehenden Systems verändert werden. Es soll ein anderer Staat geschaffen werden, eine Neuauflage des Inka-Reiches, möglichst unter gleichzeitiger Abschottung von moderner Zivilisation. Ein Versuch, der mit Sicherheit scheitern würde, aber sicherlich auch in den Industrieländern bei einzelnen Gruppen auf ein neo-romantizistisches Wiedererblühen der alten Mär vom „edlen Wilden“ führen würde. Und nichts würde mehr an der Realität in Bolivien, Peru und Ecuador vorbeigehen als dieses. Natürlich sind sich die indigenen Völker ihrer traditionellen Wurzeln bewusst, ihrer kulturellen Herkunft, ihres über Jahrhunderte geleisteten Widerstandes. Aber die Menschen wissen genauso gut, dass sich die Uhren nicht zurückdrehen lassen, dass vergangene Entwicklungen nicht ungeschehen gemacht werden können, und sie wollen das auch gar nicht. Was die Indigenen des Andenraumes wollen, unterscheidet sie kaum von anderen Menschen: ein Leben in Würde mit ausreichender Teilhabe an den wirtschaftlichen und politischen Prozessen in ihren Ländern.

■ Radikale Minderheit

Die politisch radikalisierten Indígenas sind eine klare Minderheit. Sie zögern jedoch nicht bei dem Versuch, ihre Ideen und Forderungen mit allen Mitteln durchzusetzen. Der Einfluss des radikalen bolivianischen

■ **Der ideologische Rückgriff auf alte andine und inkaische Geschichte wie Mythologie dient nur der politischen Rechtfertigung für die Aufwiegelung zu Hass und Gewalt. In Bolivien soll nicht politische Entwicklung innerhalb des bestehenden Systems verändert werden. Es soll ein anderer Staat geschaffen werden, eine Neuauflage des Inka-Reiches, möglichst unter gleichzeitiger Abschottung von moderner Zivilisation.**

Indio-Führers Quispe wird durch den erwähnten Vorfall von Ilave gut illustriert. Quispe war auch die zentrale Figur beim Sturz des bolivianischen Präsidenten Sánchez de Lozada. Durch seine massiven Straßenblockaden gelang es ihm und seinen Anhängern vom MIP (Movimiento Indígena Pachacuti), den Regierungssitz La Paz lahm zu legen und nahezu abzuriegeln. Selbst zum höher gelegenen internationalen Flughafen von La Paz war kein Durchkommen mehr.

Um diese Abriegelung effizient vornehmen zu können, rekrutierte der MIP auch einfache Campesinos aus dem Altiplano, der Hochebene entlang der Kordilleren zwischen La Paz und dem Titicaca-See. Oftmals geschah dies gegen den Willen der Betroffenen, welche unter Androhung von Gewalt und Repression gegen Familienangehörige sowie Haus und Hof gezwungen wurden, an der Abriegelung von La Paz mitzuwirken.

Die MIP ist zusammen mit der etwas gemäßigeren MAS (Bewegung für den Sozialismus) die bestimmende Indígena-Organisation, welche zwar über eigene Abgeordnete auch im Parlament vertreten ist, im Wesentlichen ihren „Oppositionsauftrag“ aber außerparlamentarisch wahrnimmt. MIP und MAS sind gut organisiert, politisch radikalisiert und beeinflussen momentan sehr stark die politische Entwicklung in Bolivien. Ob mindestens aber die MIP über einen starken Rückhalt in der indigenen Bevölkerung verfügt, darf zu Recht bezweifelt werden. Hierfür stehen auch die „Zwangsrekrutierungen“ während der vorgenannten Ereignisse.

Bei der MAS unter Evo Morales kann sich die Lage durchaus differenzierter entwickeln. Evo Morales scheint anders als Felipe Quispe weniger ideologisch radikal zu sein und einen stärkeren machtpolitischen Instinkt zu besitzen. Mindestens zeigt er sich gegenüber dem bestehenden politischen System anpassungsfähiger und innerhalb des Systems flexibler.

Gleichwohl lässt sich deutlich feststellen, dass seit etwa vier Jahren die zu politischen Bewegungen organisierten Angehörigen der indigenen Bevölkerungen in den Andenländern sehr viel vehementer ihre politischen und sozialen Rechte einfordern, als dies in den letzten 40 Jahren der Fall war, vielleicht sogar gezielter als jemals zuvor. Die damit einhergehende

■ Es lässt sich deutlich feststellen, dass seit etwa vier Jahren die zu politischen Bewegungen organisierten Angehörigen der indigenen Bevölkerungen in den Andenländern sehr viel vehementer ihre politischen und sozialen Rechte einfordern, als dies in den letzten 40 Jahren der Fall war, vielleicht sogar gezielter als jemals zuvor.

Radikalisierung entstand auch aus der bisherigen Ignoranz den Menschen gegenüber. Die politischen Verantwortlichen interessierten sich bestenfalls während Wahlkampfperioden für die Campesinos, Cocalleros, Tagelöhner und Gewerkschaftsmitglieder. Die Eliten wollten die indigenen Bevölkerungsteile am liebsten ganz übergehen, und das, obwohl sie in Bolivien, Peru und Ecuador je nach Zählweise im Durchschnitt zwei Drittel der Gesamtbevölkerung stellen.

■ Rückwirkung auf Deutschland?

Was kommt von diesen Entwicklungen im Regelfall in Deutschland an? In der breiten Öffentlichkeit fast gar nichts. In der veröffentlichten Meinung kaum mehr. In interessierten, aber in der Regel recht oberflächlich informierten Kreisen häufig ein verzerrtes Bild, eine Fiktion des „edlen Wilden“, der mit seinem natürlichen Verständnis vom Erhalt der Natur und vom ressourcenschonenden und ressourcenerhaltenden Umgang mit der Umwelt der Lehrmeister der zivilisierten und barbarischen Welt sein könnte. Ist doch der „edle Wilde“, der ob seines Beharrungsvermögens sich seine autochthone andine Kultur erhalten hat, in manchen Kreisen als Ersatzideologie nach dem Zusammenbruch des sozialistisch-kommunistischen Experiments willkommen.

Aber was geht das Ganze uns an? Zum einen ist das Interesse bei den Menschen in Deutschland für Lateinamerika noch immer ungebrochen. Zum anderen wird es für Deutschland wie für Europa von enormem Wert sein, verlässliche Verbündete und strategische Alliierte an seiner Seite zu wissen. Und zu diesen Verbündeten zählen die Länder Lateinamerikas eindeutig. Eine gemeinsame Geschichte, ein gleiches Wertefundament, ähnliche Vorstellungen von Politik und Gesellschaft mit allen bekannten und nicht mehr ganz so neuen Problemen von Minderheitenschutz und Minderheitenrechten. Die Basis der Gemeinsamkeiten zwischen Lateinamerika und Europa trägt nicht alleine aus geschichtlicher Verbundenheit heraus, sondern weil es eine Art von Seelenverwandtschaft gibt, die sich auch in den großen Gremien wie UNO immer wieder zeigt und beweist. Soll diese bewährte und funktionierende Partnerschaft jedem neuen Krisenszenario geopfert werden? Nicht nur

■ Was geht das Ganze uns an? Zum einen ist das Interesse bei den Menschen in Deutschland für Lateinamerika noch immer ungebrochen. Zum anderen wird es für Deutschland wie für Europa von enormem Wert sein, verlässliche Verbündete und strategische Alliierte an seiner Seite zu wissen. Und zu diesen Verbündeten zählen die Länder Lateinamerikas eindeutig.

dass die staatliche deutsche Entwicklungszusammenarbeit sich zunehmend aus Lateinamerika zurückzieht, nicht nur dass auf Regierungsseite in der Außenpolitik der Kontinent prinzipiell nicht mehr existiert und die Regierung die knapper gewordenen Mittel aus dem Entwicklungshilfeetat zunehmend einem wirren multilateralen Zusammenarbeitsgedanken opfert und den letzten möglichen Einfluss unnötig preisgibt, sondern auch, dass eine strategische Allianz riskiert wird, die wertvoller sein kann als der wenig dauerhafte Ruhm, an allen „relevanten“ Krisenherden dieser Welt mit schnellen Aktionen und möglichst als erste dabei gewesen zu sein.

Bleibt als letzte Hoffnung wirklich die nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit, im Wesentlichen getragen von den politischen Stiftungen und den kirchlichen Hilfswerken?

Das Thema der Indianer in den Andenländern sollte ein guter Grund sein, einige Rezeptionen und Entwicklungen bei uns zu überdenken. Dass Deutschland versucht, auch in den schwierigen Situationen in Lateinamerika einen vernünftigen Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten, sollte eigentlich gar nicht diskutiert werden müssen. Vor allem aber sollten wir nicht davon ablassen, eine gute und erfolgreiche Krisenprävention zu betreiben, also Krisen nach Möglichkeit gar nicht erst entstehen zu lassen. In den derzeitigen Krisengebieten ist dies leider nicht gelungen. Vielleicht können wir aber in Peru, Bolivien und Ecuador in nächster Zeit etwas mehr leisten, um das Abrutschen dieser Länder auf die Ebene sogenannter *failing states* mit allen Mitteln zu verhindern.

Die Radikalisierung von Indios in den Anden ist den Menschen dort nicht in die Wiege gelegt. Vielmehr zögen die Menschen es vor, sich in Frieden um ihre Angelegenheiten kümmern zu können. Wir können dabei ein wenig helfen und diese Hilfe ist – ganz im Gegensatz zu manch anderen Regionen – dort hoch willkommen.

Das Manuskript wurde am 9. November 2004 abgeschlossen.